

	<p>Marktgemeinde ALLAND, Bez. Baden, N.Ö. 2534 Alland, Hauptstraße 176  02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: gemeindeamt@alland.gv.at</p>	<p>Protokoll-Nr. 1/2026</p>
---	---	---------------------------------

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des GEMEINDERATES

am Dienstag, dem 24. März 2026 im Sitzungssaal, 1. Stock, Gemeindeamt Alland.

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 19:47 Uhr

Die Einladung zur öffentlichen Sitzung mit 17 Tagesordnungspunkten erfolgte am 17. März 2026 per E-Mail und auf der Webplattform Tech Talk Plenum mit hochgeladenen Beschlussunterlagen.

ANWESEND:

BGM Stefan Loidl (ÖVP)
VBGM Bmst. Ing. Gregor Burger (ÖVP)
GGR Thomas Kropik (ÖVP)
GGR Mag. Andrea Maria Mayer (ÖVP)
GGR Martin Rapold (ÖVP)
GGR Ing. Markus Westymayer (SPÖUBA)
GR Mag. Sophie Adler, BA (ÖVP)
GR Georg Baden (FPÖ)
GR Dipl.-Ing. Erwin Thomas Dollensky (ALL)
GR Karl Frouz (FPÖ)
GR M.A., M.Sc. Ing. Armin Franz Grasel (ÖVP)
GR Erika Grasel (ÖVP)
GR Karl Kolbe (SPÖUBA)
GR Florian Mathes (ÖVP)
GR Leopold Ottersböck (ÖVP)
GR Heidemarie Pesta (SPÖUBA)
GR Mag. Tibor Pásztory (ÖVP)
GR DI(FH) DI Tobias Stefan, MA (SPÖUBA)
GR Ing. Karl Weintögl (SPÖUBA)

ANWESEND AUSSERDEM:

Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer (Schriftführer)

ENTSCHULDIGT:

GR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)
GR Maria Jakob (ÖVP)

Bürgermeister Stefan Loidl begrüßt die Gemeinderäte und alle Zuhörer. Der Vorsitzende stellt mit 19 anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Rechtzeitig vor der GR-Sitzung sind insgesamt 3 Dringlichkeitsanträge gemäß § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung seitens der Liste ALL (2) und der ÖVP (1), wie folgend angeführt, eingegangen:

a) „Anpassung der Satzung des Mittelschulgemeinderates“, siehe Anlage A-1.

Bürgermeister Loidl erteilt GR Dollensky das Wort. Nach der Verlesung des Antrags verweist VBGM Burger auf dessen Unzulässigkeit. Laut einer Stellungnahme von Mag. Miernicki von der Abteilung Gemeinden beim Amt der NÖ Landesregierung, heißt es: „dass das NÖ Pflichtschulgesetz 2018 nicht vorsieht, dass Schulgemeinden Satzungen haben. Ein derartiger Dringlichkeitsantrag wäre, mangels Zuständigkeit des Gemeinderates, unzulässig und daher nicht zur Abstimmung zu bringen (vgl. NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie [Hrsg], Kommentar zur NÖ GO 1973³, 203). Lediglich Gemeindeverbände, die dem NÖ Gemeindeverbandsgesetz unterliegen, müssen Satzungen haben. Da jedoch die Schulgemeinden nur dem NÖ Pflichtschulgesetz 2018 unterliegen, ist das NÖ Gemeindeverbandsgesetz nicht anwendbar.“

GR Dollensky nimmt dies zur Kenntnis und ersucht um die schriftliche Weiterleitung dieser Stellungnahme.

b) „Aufbau einer Transparenzdatenbank“, siehe Anlage A-2.

Der Bürgermeister ersucht GR Dollensky auch diesen Antrag vorzustellen und dessen Dringlichkeit zu begründen.

Im Anschluss daran beantragt der Vorsitzende über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag abzustimmen. Dabei verweist er auf die geltende Änderung der NÖ Gemeindeordnung, die bei Abstimmungen nur mehr ein „dafür“ oder „dagegen“ erlaube.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig gegen die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung aus.

ÖVP	dafür	0	dagegen	11
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

c) „Antrag zur Annahme der Zusatzfinanzierungsvereinbarung mit der ASFINAG Baumanagement GmbH“, siehe Anlage A-3.

Der Bürgermeister begründet seinen eigens eingebrachten Dringlichkeitsantrag. Nachdem der Baubeginn für die betreffenden Lärmschutz-Maßnahmen bereits im Frühjahr 2026 geplant ist, sei eine zeitnahe Unterfertigung dieses Vertrages mit der neu vereinbarten, zeitlichen Streckung des Gemeindeanteils erforderlich.

Bürgermeister Loidl bringt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung als neuen TOP 18 aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Die Punkte der öffentlichen Sitzung lauten wie folgt:

TAGESORDNUNG

- 1 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung
- 2 Bericht des Prüfungsausschusses
- 3 Protokollkenntnisnahmen von weiteren Gemeinderatsausschüssen:
 - 3.1. Ausschuss für Infrastruktur und Bauwesen, 11.02.2026
 - 3.2. Ausschuss für Verkehr, Sicherheit und Umwelt, 17.03.2026
 - 3.3. Ausschuss für Finanzen, 19.03.2026
- 4 Rechnungsabschluss 2025
- 5 Grundsatzbeschluss über die Finanzierungsquoten – Neubau NMS Alland
- 6 Container-Tierarztpraxis, Vergabevorschläge für die Containeranschaffung und die Gewerke:
 - 6.1. Lieferung und Montage von Containern
 - 6.2. Baumeisterarbeiten
 - 6.3. Bericht zu den weiteren Gewerken
- 7 Pachtvertragsverlängerung (Kreativhäuschen Plattenwaldgasse), Corola Munz, GSt.-Nr. 484/12, KG Alland
- 8 Änderungsvereinbarung (Anpassung der Einzel-Kooperationsverträge) mit der Wienerwald Tourismus GmbH
- 9 Mietvertrag, Metz & Partner Baumanagement ZT GmbH, Hauptplatz 137
- 10 Vergabe Mietwohnung, Kalkberggasse 219/7
- 11 Mietvertragsverlängerungen:
 - 11.1. Andreas Fichtinger, Kalkberggasse 218/3
 - 11.2. Iris Schwarz, Kalkberggasse 218/4
- 12 Änderung der Gemeinderatsvertretungen (nach Ergänzungswahlen, 9.12.2025):
 - 12.1. Vertreter im neuen Gemeindeverband der Musik- und Kunstschule Gumpoldskirchen-Pfaffstätten-Alland
 - 12.2. Vertragsunterfertiger
- 13 NÖ Grundverkehrsgesetz - Bestellung von Ortvertretern oder Ortsvertreterinnen
- 14 Ernennung Zivilschutzbeauftragte
- 15 Tropfsteinhöhle Alland:
 - 15.1. Eintrittspreise
 - 15.2. Stundensatz für HöhlenführerInnen
 - 15.3. Öffnungszeiten
- 16 Widmung und Kundmachung „Bushaltestelle Groisbach“, B11, Neubestand, KG Alland, km 40.03. – 40.10., gemäß Teilungsplan GZ 53112 vom 27.11.2025, Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe Baudirektion, Abteilung Allgemeiner Baudienst (BD1)

- 17 Abänderung der Funktionsverordnung vom 9.12.2025
18 Antrag zur Annahme der Zusatzfinanzierungsvereinbarung mit der ASFINAG
Baumanagement GmbH

Tagesordnungspunkt 1, Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung

Der Vorsitzende legt die Entwürfe der öffentlichen Gemeinderatsprotokolle vom 9. Dezember 2025 sowie vom 19. Jänner 2026 samt Anlagen vor. Beide Entwürfe sind im Vorfeld an alle Gemeinderäte ergangen und waren mit den Sitzungsunterlagen digital im Plenum nachzulesen.

GGR Westmayer verweist auf seine schriftlich ergangenen Anmerkungen vom 9. Februar 2025 betreffend dem Protokoll vom 9. Dezember 2025. Er sei nie gegen eine Tierarztpraxis gewesen und fordert diesbezüglich eine Klarstellung.

Nachdem die nachfolgende Diskussion in dieser Frage zu keinem Ergebnis führt, beantragt der Bürgermeister, die vorliegenden Protokollentwürfe in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	5
FPÖ	dafür	0	dagegen	2
ALL	dafür	0	dagegen	1

Die beiden genehmigten Protokolle werden im Anschluss daran nur vom Zeichnungsberechtigten GGR Martin Rapold (ÖVP) unterfertigt.

Tagesordnungspunkt 2, Bericht des Prüfungsausschusses

Die neue Vorsitzende, GR Heidi Pesta, des Prüfungsausschusses teilt mit, dass am 3. März 2026 eine Prüfungsausschuss-Sitzung abgehalten worden ist. Das dazu verfasste Protokoll wurde auch im Plenum hochgeladen (**siehe Anlage B**).

Der Bürgermeister nimmt zu den gestellten Fragen Stellung und dankt im Namen des Kassenverwalters für die gute Zusammenarbeit. Zum Thema agrarische De-minimis-Beihilfen werden die letztgültigen Informationen der Landwirtschaftskammer NÖ der Vorsitzenden in ausgedruckt übergeben. Jährlich erfolgt dazu eine Meldung an das Land NÖ über die seitens der Gemeinde im abgelaufenen Jahr abgelaufenen Beihilfen gemäß § 20 NÖ Tierzuchtgesetz 2020. Ab Jänner 2027, heißt es in der Information der Landwirtschaftskammer, dass die Beihilfe gewährenden Stellen selbst alle notwendigen Daten der Beihilfeempfänger in ein Zentralregister melden müssen. Im Anschluss daran ersucht der Vorsitzende um Kenntnisnahme des Berichts und konstatiert daraufhin Einstimmigkeit.

Tagesordnungspunkt 3, Protokollkenntnisnahmen von weiteren Gemeinderatsausschüssen

Bürgermeister Loidl verweist auf die im Plenum veröffentlichten, nicht öffentlichen Protokolle der weiteren Gemeinderatsausschüsse und erteilt den jeweiligen Ausschussvorsitzenden der Reihe nach das Wort.

3.1. Ausschuss für Infrastruktur und Bauwesen

GfGR Rapold bringt die Ergebnisse der Ausschusssitzung für Bauwesen und Infrastruktur vom 11. Februar 2026 zur Kenntnis.

3.2. Ausschuss für Verkehr, Sicherheit und Umwelt

GR Weintögl fasst die Feststellungen anhand des vorliegenden Protokolls vom 17. März 2026 zusammen.

3.3. Ausschuss für Finanzen

GR Pászatory teilt stellvertretend für den entschuldigenden Ausschuss-Vorsitzenden GR Bonfert mit, dass der Ausschuss für Finanzen am 19. März 2026 vorrangig zum Thema Neue Mittelschule Alland tagte und die betreffenden Inhalte und Vorschläge dazu in Zusammenhang des späteren TOP 5 erörtert werden können.

Der Gemeinderat nimmt die vorliegenden Protokolle, welche auch im Plenum nachzulesen waren, zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4, Rechnungsabschluss 2025

Bürgermeister Loidl teilt mit, dass es während der Auflage (10. bis 24. März 2026) keine schriftlichen Stellungnahmen aus der Bevölkerung zum vorliegenden Entwurf gegeben habe. Die zum Teil auch noch bis kurz vor der Sitzung eingelangten Anfragen von Gemeinderäten seien allesamt beantwortet worden. Daraufhin erteilt er Amtsleiter Fischer das Wort und ersucht um dessen vorbereitete Präsentation.

Im Ergebnishaushalt kamen demnach vor allem die Erträge über den veranschlagten Werten zu liegen. In Summe waren es 8.065.820,24 € zum Stichtag am 31.12.2025. Der Nettofinanzierungssaldo im gesamten Finanzierungshaushalt (operativ und investiv) errechnete sich mit einem Plus von 305.169,01 €. In Summe wurden im Jahr 2025 vier Darlehen in der Höhe von 1.520.000 € (größtenteils für den KIGA-Um- und Neubau) aufgenommen und rund 600.000 € laut Schuldennachweis getilgt. Die Analyse der vergangenen fünf Jahre zeigt eine signifikante Volatilität in der operativen Gebarung. Das Haushaltspotential hat sich nach dem Einbruch im Jahr 2023 (-237.004,57 €), einhergehend mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes gemäß § 72b Abs. 1 Z. 2 NÖ GO 1973 erholen können. Mit 822.781,18 € im Jahr 2025 hat sich die Leistungsfähigkeit der Gemeinde auch aufgrund außerordentlicher Maßnahmen über den Erwartungen eingestellt. Mitverantwortlich hierfür waren auch die getätigten Immobilienverkäufe. Begleitet von Ausgabenkürzungen und Mehreinnahmen erwirtschaftete die MG Alland damit ein besseres Ergebnis als im Nachtragsvoranschlag erwartet. Die Dotierung der Rücklagen erfolgte zweckgebunden (150.000

€ für die ABA und 100.000 € für die WVA) bzw. für die liquiditätserhaltende Haushaltsführung. Fischer verweist unter anderem auf die im Vorjahr gemäß Bauzeitplan erfolgte Darlehensaufnahme für den Neu- und Umbau des Kindergartens. Aufgrund des verzögerten Fertigstellungstermins (März 2026) konnten 500.000 € in der Haushaltsrücklage geparkt werden. Weitere 200.000 € sind für die anstehende Rückzahlung der kurzfristig notwendigen Zwischenfinanzierung für die FF Groisbach reserviert worden. Die Rücklagenbewegung sind dementsprechend detailliert auf Seite 10 und 277 ausgebessert worden.

Um auch den Vermögenshaushalt zu korrigieren, sollten noch die im Vorjahr getätigten Immobilienverkäufe (Gansfushaus und Wohnung Hauptplatz 60) aus dem Anlagenspiegel ausgebucht werden. Damit werde der Vermögenstand sowie das Nettoergebnis (durch den höheren Aufwand, weil weniger Afa) zwar um mehr als 200.000 € (auf schlussendlich 236.876,05 €) sinken, im Vergleich zu vielen anderen NÖ Gemeinden sei dies aber auch dann noch deutlich positiv (siehe Übersicht, **Anlage C**). Damit sei bis auf Weiteres auch eine neuerliche Vorlage eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes vom Tisch. Trotzdem werde es im neuen Jahr an Herausforderungen nicht mangeln, die empfohlenen Evaluierungen (von Verordnungen, freiwilligen Ermessensausgaben, Vorhaben etc.) seien daher im Auge zu behalten.

GGR Westmayer schließt sich dieser Einschätzung an. GR Pesta kritisiert den Schuldenanstieg um etwa 20% im Vergleich zum Jahr 2024 und die damit höher gewordene Schuldenquote mit 67%, laut ihrer Einschätzung widerspreche dies den Maastricht-Kriterien. Der Bürgermeister verweist auf die Einhaltung des Stabilitätspakts, und die gemeinsam mit dem Land und Bund koordinierte Vorgehensweise. Er freut sich über das gelungene Kindergartenprojekt mit einer neu geschaffenen Tagesbetreuungseinrichtung und zwei neuen Kindergartengruppen. Derartig hohe Investitionen seien nur mit Darlehensaufnahmen zu stemmen. Im nächsten Jahr soll der Schuldenstand wieder sinken.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr zum Tagesordnungspunkt gibt, stellt der Vorsitzende den Antrag, den dargelegten Rücklagenbewegungen und empfohlenen Ausbuchungen aus dem Vermögenshaushalt zuzustimmen und den korrigierten RA 2025 zu beschließen. Die Beschlussvorlage soll vor der Übermittlung an das Land dementsprechend geprüft und unterfertigt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag mehrstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	1 (GR Heidi Pesta)
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 5, Grundsatzbeschluss über die Finanzierungsquoten – Neubau NMS Alland

Der Bürgermeister erteilt VBGM Burger das Wort. Letzterer berichtet in seiner NMS-Obmann-Funktion von der NMS-Sitzung am 11. März 2026 und verweist auf den im Plenum veröffentlichten Beschlusstext (**siehe Anlage D**). Als Grundlage hierfür wurden die Schülerzahlen im Zeitraum von 2015 bis 2025 herangezogen. Wie bereits von GR Pásztor in TOP 3.3. angekündigt, hat man sich im Finanzausschuss am 19. März 2026 vor allem zum Thema

„Anteilsverteilung“ unterhalten. Grundsätzlich empfiehlt der Finanzausschuss dem Gemeinderat eine Zustimmung zur im Beschlusstext bezifferten Quotierung. Der Ausschuss ersucht jedoch die Formulierung des gegenständlichen Grundsatzbeschlusses zu ändern. Anstatt „*verpflichten sich zur Finanzierung ...*“ sollte es im Grundsatzbeschluss „*verpflichten sich im Falle einer Finanzierung ...*“ lauten. Weiter heißt es, dass eine davon getrennte Entscheidung zur Übernahme der anteiligen Finanzierung nach Vorliegen grundlegender Zusagen dann eher zeitnahe zu treffen wäre, um den Neubau der NMS Alland auf Schiene zu bringen. GR Stefan geht das zu schnell. GR Pásztor spricht sich in diesem Zusammenhang für eine saubere Lösung und rechtliche Prüfung von möglichen Grundstücksverkäufen betreffend Grundstückszugehörigkeit zur MG Alland bzw. der NMS im Gemeindeverband aus. GR Dollensky versteht nicht, warum die anderen Verbandsgemeinden Heiligenkreuz und Klausen-Leopoldsdorf diesen Beschluss in ihren Gemeinderatssitzungen noch nicht fassen. GGR Rapold rechtfertigt die Beschlussfassung mit einem freiwilligen Bekenntnis der Sitzgemeinde, unbedingt notwendig sei dies nicht, da die Darlehensvergabe(n) und Festlegungen dazu gemeinsam im NMS-Verband erfolgen.

Der Bürgermeister ersucht dem vorliegenden Grundsatzbeschluss unter Berücksichtigung der dargelegten Formierungsänderung zuzustimmen. Dieser lautet: *„Die Mitgliedsgemeinden des Mittelschulverbandes Alland – bestehend aus den Gemeinden Alland, Heiligenkreuz und Klausen-Leopoldsdorf – verpflichten sich im Falle einer Finanzierung des Neubaus der Mittelschule zu folgenden Finanzierungsquoten: 47,95% für Alland, 16,86% für Heiligenkreuz und 35,19% für Klausen-Leopoldsdorf. Der derzeitige Kostenrahmen für das Projekt beläuft sich gemäß ÖNORM B1801 auf 12.278.016 € (brutto). Die genannten Finanzierungsquoten gelten für die ersten 15 Jahre (entsprechend der Förderlaufzeit des Landes NÖ) ab Darlehensaufnahme. Ab dem 16. Jahr wird eine neue Finanzierungsquote auf Basis der durchschnittlichen Schülerzahlen der Mitgliedsgemeinden der vorangegangenen zehn Jahre errechnet.“*

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag mehrstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	1 (GR Heidi Pesta)
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 6, Container-Tierarztpraxis, Vergabevorschläge für die Containeranschaffung und die Gewerke:

Bürgermeister Loidl legt die seitens Baumeister Ing. Martin Wagenhofer zur Verfügung gestellten Unterlagen für die Containeranschaffung und Baumeisterarbeiten, in welchen auch die angebotenen Nachlässe und Skonti eingearbeitet wurden, vor.

Seitens GGR Westmayer ergeht die Bitte, sich vor diesen Beschlussfassungen noch über eine alternative Verpachtung des betreffenden Grundstückes (GSt. Nr. 115/9, EZ 904, KG Alland) Gedanken zu machen oder für die notwendige Überbrückung bis zur Pensionierung der Tierärztin (Dr. Nicole Grünwald) die aktuell zur Verfügung gestellte Zwischenlösung im alten Bauhofgebäude, Mayerlinger Straße 75, zu deutlich geringeren Schätzkosten einvernehmlich zu sanieren. Der Bürgermeister verweist auf die mehrfach geführten Diskussionen mit der Tierärztin

sowie auf die zahlreichen Gespräche, die dazu bereits im Ausschuss für Infrastruktur und Bauwesen als auch im Gemeinderat stattgefunden haben. Letztendlich habe man sich auf diese Variante geeinigt. GGR Rapold wiederholt als involvierter Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Bauwesen auch seine Feststellungen dazu.

6.1. Lieferung und Montage von Containern

Bürgermeister Loidl bringt den vorliegenden Prüfbericht und Vergabevorschlag (**Anlage E**) zur Kenntnis, welcher mit der Sitzungseinladung im Plenum nachzulesen war.

Der Vorsitzende verliest die Eckpunkte daraus und beantragt die Lieferleistung mit Montage im Gesamtwert von netto 114.700 € netto abzüglich dem Nachlass von 2.000 € netto unter den angeführten Zahlungsbedingungen (3% Skonto bei Zahlung innerhalb von 14 Tagen, 30 Tage netto) zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig für die Annahme des vorliegenden Vergabevorschlags aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	5
FPÖ	dafür	0	dagegen	2
ALL	dafür	0	dagegen	1

Der Bürgermeister ersucht daraufhin den Vizebürgermeister, aufgrund seiner Befangenheit, die Sitzung im Vorfeld des nächsten Tagesordnungspunktes zu verlassen. VBGMBurger verlässt den Raum.

6.2. Baumeisterarbeiten

Der Bürgermeister verweist auf den betreffenden, ebenfalls im Plenum nachzulesenden. Prüfbericht und Vergabevorschlag (**Anlage F**). Insgesamt wurden 5 Firmen zur Abgabe eines Angebotes für dieses Gewerk eingeladen. Demnach soll der örtlichen BM Burger BaugmbH aus Maria Raisenmarkt der Auftrag erteilt werden.

GR Tobias Stefan hinterfragt die gelistete Position 18 im veröffentlichten Preisspiegel, nachdem diese vom Billigstbieter nicht angeboten wurde. GGR Rapold verweist auf die sachliche und rechnerische Prüfung aller Angebote durch Baumeister Ing. Wagenhofer (Fa. Bauconstruct / Planung und Baumanagement / e.U.).

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den vorliegenden Vorgabevorschlag für die Baumeisterarbeiten in der Gesamthöhe von 43.355,30 € netto an die Fa. Burger BaugmbH zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig für die Annahme des Vergabevorschlags aus.

ÖVP	dafür	10	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	5
FPÖ	dafür	0	dagegen	2
ALL	dafür	0	dagegen	1

Nach der Beschlussfassung erörtert GGR Rapold, die gemeinsam mit Baumeister Ing. Martin Wagenhofer diskutierten Eckpunkte, insbesondere die Einhaltung der Kostenobergrenze gemäß Grundsatzbeschluss vom 1. Juli 2025 und die in der Bauwirtschaft üblichen Sicherheitsleistungen (Deckungsrücklass bis 10% der Teilrechnung) bzw. Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche (Hafrücklass bis 5% der Schlussrechnung).

Nach der Beschlussfassung wird VBGM Burger zurück in den Sitzungssaal gebeten.

6.3. Bericht zu weiteren Gewerken

Der Bürgermeister erteilt GGR Rapold das Wort. Nachdem der Container erst nach einer zustimmenden Beschlussfassung beauftragt werden könne, wurden noch keine genauen Angaben zu den noch erforderlichen Elektro-, Wasser und Kanalanschlüssen gemacht. Vom Planer wurden im Zuge der Projektierung aussagekräftige Kostenschätzungen dazu verlangt. Die Elektroleistungen werden sich demnach mit rund 5.600 € netto niederschlagen und die Anschlusskosten für Wasser und Kanal sowie die Aufschließungskosten überschaubar bleiben.

Tagesordnungspunkt 7, Pachtvertragsverlängerung (Kreativhäuschen Plattenwaldgasse), Corola Munz, GSt.-Nr. 484/12, KG Alland

Bürgermeister Loidl nimmt zum am 13. Dezember 2024 abgeschlossenen Pachtvertrag Stellung. Nach Rücksprache mit der Pächterin soll dieser wieder um ein Jahr verlängert werden. Als Pachtzins hierfür werden weiterhin 250 € vorgeschlagen.

Der Bürgermeister ersucht dem Antrag statt zu geben und den vorliegenden Entwurf (**Anlage G**) zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Antrag mit dem vorliegenden Entwurf mehrstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	3	dagegen	2 (GR Kolbe, GR Stefan)
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 8, Änderungsvereinbarung (Anpassung der Einzel-Kooperationsverträge) mit der Wienerwald Tourismus GmbH

Der Vorsitzende informiert zur vorliegenden Änderung anknüpfend an das E-Mail vom 30.01.2026 über die notwendige Anpassung der Einzel-Kooperations-Verträge. Mit der im Jänner 2026 in Kraft getretenen Novelle des NÖ Tourismusgesetzes erfolgt die Finanzierung der Destinationen über ein angepasstes, landesweit einheitliches und gesetzlich geregeltes Modell. Das habe auch einen direkten Einfluss auf die bisherigen, wechselseitigen Leistungspflichten aus den Kooperationsvereinbarungen zwischen Destinationen und Gemeinden. Konkret bedeute dies, dass die Leistungen bzw. Zahlungsverpflichtungen gemäß der – mit der Wienerwald

Tourismus GmbH vereinbaren – Kooperationsverträge zum Themenmanagement, sowie zu den Bonusleistungen gemäß Bonuspaket („Marketing à la carte“: Gold/Silber/Bronze/Basis) rückwirkend mit 31.12.2025 aufgehoben werden.

Die Leistungen bzw. Zahlungsverpflichtungen gemäß Annex zum Projekt „Mountainbiken im Wienerwald“ und die übrigen Bestimmungen aus dem Kooperationsvertrag blieben hingegen aufrecht.

GR Dollensky kritisiert die Unterdurchschaubarkeit dieser Anpassungen.

Der Bürgermeister ersucht der vorliegenden Änderungsvereinbarung (**Anlage H**) zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	0	dagegen	1

Tagesordnungspunkt 9,

Mietvertrag, Metz & Partner Baumanagement ZT GmbH, Hauptplatz 137

Bürgermeister Loidl verweist auf den einvernehmlich, zwischen allen Beteiligten besprochenen Vertragsentwurf. Demnach vermietet die MG Alland das betreffende Gebäude beginnend mit 1. April 2026 für die geplante Dauer von 17 Monaten mit der Option auf eine Verlängerung von 6 Monaten. Die Miete und Betriebskosten seien in monatlichen Raten im Vorhinein zu bezahlen. Der Mietzins soll bei 700 € netto zgl. 20% USt zu liegen kommen. Die Betriebskosten müssten beginnend mit Vertragsabschluss halbjährlich abgegolten werden.

Der Vorsitzende ersucht, den im Plenum veröffentlichten Vertragsentwurf (**Anlage I**) zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 10,

Vergabe Mietwohnung, Kalkberggasse 219/7

Der Gemeindevorstand hat nach Durchsicht der vorliegenden Wohnungsanmeldungen und in Rücksprache mit den Interessenten die Vergabe an den neuen Mieter Calvin Papst, geb. am 18.02.1998, aus Alland empfohlen. AL Fischer erläutert daraufhin die Eckpunkte zum Mietgegenstand, die auf 5 Jahre zu befristende Mietdauer sowie den seitens der Hausverwaltung vorgeschlagenen Mietzins. Zur Sicherstellung sämtlicher Ansprüche des Vermieters soll bei Vertragsabschluss eine Kautions in Höhe von 1400 € hinterlegt werden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den dazu vorbereiteten Mietvertrag (**Anlage J**) zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Antrag und Vertragsentwurf beginnend mit 1. April 2026 einstimmig an.

ÖVP	dafür	12	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 11,
Mietvertragsverlängerungen:**

Der Vorsitzende geht auf anstehende Verlängerungen von befristeten Mietverträgen in zwei Gemeinwohnungen ein.

11.1. Andreas Fichtinger, Kalkberggasse 218/3

Das Mietverhältnis soll ab 1. April 2026 auf weitere drei Jahre verlängert werden. Es endet dann am 31. März 2026, ohne das es einer weiteren Aufkündigung bedarf. Der Hauptmietzins liegt derzeit bei rund 340 € exkl., mit den Betriebskosten und der Umsatzsteuer gelangen derzeit etwas mehr als 500 € zur Vorschreibung. Der Bürgermeister ersucht, die vorliegende Mietvertragsverlängerung (**Anlage K**) zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

11.2. Iris Schwarz, Kalkberggasse 218/4

Das Mietverhältnis soll mit 1. Februar 2026 auf weitere drei Jahre verlängert werden. Es würde somit am 31. Jänner 2029 enden, ohne das es einer weiteren Aufkündigung bedarf. Der Hauptmietzins beträgt derzeit rund 355 € exkl., mit den Betriebskosten und der Umsatzsteuer kommen zur Zeit in Summe rund 520 € zur monatlichen Vorschreibung. Der Bürgermeister beantragt, auch diese Mietvertragsverlängerung (**Anlage L**) zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Antrag einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 12, Änderung der Gemeinderatsvertretungen (nach Ergänzungswahlen, 9.12.2025)

Bürgermeister Loidl ersucht die Vertretungen in den nachfolgenden Punkten neu zu bestimmen.

12.1. Vertreter im neuen Gemeindeverband der Musik- und Kunstschule Gumpoldskirchen-Pfaffstätten-Alland

Da am 21. April 2026 die konstituierende Sitzung der neuen Verbandsversammlung stattfinden wird, seien auch die neuen Vertretungen seitens der MG Alland bekanntzugeben.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass in der Verbandsversammlung der neuen Musikschule weiterhin VBGM Ing. Gregor Burger seinen Sitz beibehalten soll. Neu in den Vorstand soll GR Ing. Karl Weintögl bestellt werden. Die zwei Sitze im Prüfungsausschuss können weiterhin von GR Heidemarie Pesta und GR Maria Jakob besetzt werden.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, diesen Vorschlag zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Antrag einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

12.2. Vertragsunterfertiger

Der Bürgermeister beantragt aufgrund des Wechsels in den Gemeindevorstand, dem neuen geschäftsführenden Gemeinderat (GGR) Markus Westymayer, auch eine Zeichnungsberechtigung (Unterschrift) für diese Funktion zu erteilen.

Des Weiteren soll auch die neue Vorsitzende des Prüfungsausschusses, GR Heidi Pesta, ihre Unterschrift für anstehende Zeichnungen (RA 2025) notariell beglaubigen lassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat unterstützt die beiden Anträge einstimmig.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 13,
NÖ Grundverkehrsgesetz –
Bestellung von Ortsvertretern oder Ortsvertreterinnen**

Die Grundverkehrsbehörde Bruck an der Leitha, Außenstelle 2320 Schwechat, teilte am 9. Februar 2026 mit, dass gemäß §9 Abs. 1 NÖ Grundverkehrsgesetz 2007 (NÖ GVG 2007) der Gemeinderat nach jeder Gemeinderatswahl mindestens eine Person als Ortsvertreter oder Ortsvertreterin zu bestellen hat. Diese müsse zudem mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut und Landwirt/Landwirtin sein.

Der Bürgermeister schlägt für diese Vertretung GR Erika Grasel vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Bestellung von Frau GR Grasel aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 14,
Ernennung Zivilschutzbeauftragte**

Der Bürgermeister nennt gemäß den Statuten des Niederösterreichischen Zivilschutzverbandes folgende Funktionen, die in einer Gemeinde bestehen können:

Zivilschutzbeauftragter (eine Person)

Zivilschutzbeauftragter-Stellvertreter (mehrere Personen möglich)

Zivilschutzbeauftragter-Mitarbeiter (mehrere Personen möglich)

Mit der Beschlussfassung vom 25. Februar 2025 wurde demnach folgende Einteilung getroffen:

Zivilschutzbeauftragter: BGM Stefan Loidl

Zivilschutzbeauftragter-Stellvertreter: VBGM Ing. Gregor Burger

Zivilschutzbeauftragter-Stellvertreter: Gertrud Tiboretz (ehrenamtlich)

Der Bürgermeister beantragt, dass Frau Gertrude Tiboretz, geb. am 17.08.1960, statt ihm ab sofort zur Zivilschutzbeauftragten der Marktgemeinde Alland ernannt werden soll. Sie werde wie schon bisher ehrenamtlich tätig sein. Er selbst werde in seiner Funktion als Bürgermeister stellvertretend der neuen Zivilschutzbeauftragten, welche inzwischen zahlreiche neue Kurse besucht hat, unterstützend zur Seite stehen. Der übergeordnete Katastrophenschutz an sich soll weiterhin in den Händen des Bürgermeisters bleiben. GR Stefan hält dazu fest, dass die Agenden des Zivilschutzbeauftragten frei von parteipolitischen Einflüssen sein sollten.

Beschluss:

Der Gemeinderat unterstützt diesen Antrag, wie folgend, einstimmig.

Zivilschutzbeauftragte: Gertrud Tiboretz (ehrenamtlich)

Zivilschutzbeauftragter-Stellvertreter: BGM Stefan Loidl

Zivilschutzbeauftragter-Stellvertreter: VBGM Ing. Gregor Burger

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0

FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 15, Tropfsteinhöhle Alland:

AL Fischer teilt auf Ersuchen des Vorsitzenden mit, dass im Zuge einer Besprechung mit der Ansprechpartnerin der Gemeinde, Frau Mag. Eva Leonhardsberger, am 6. März 2026 neben dem Nachwuchsmangel bei den Höhlenführern auch Punkte zur Beschlussfassung im Gemeinderat vorgelegt wurden.

15.1. Eintrittspreise

Nachdem es seit 7 Jahren keine Erhöhung mehr gab, sollen diese Inflationsbereinigt angepasst werden. Bürgermeister Loidl beantragt, mit der Höhlensaison ab April 2026 die Eintrittspreise für Erwachsene auf 10 € und Kinder ab 15 Jahren auf je 7 € pro Person zu erhöhen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

15.2. Stundensatz für HöhlenführerInnen

Der Amtsleiter teilt mit, dass die HöhlenführerInnen höhere Stundensätze in den neu abzuschließenden Werkverträgen angeregt haben. Diese seien ebenfalls noch nicht evaluiert worden. Statt bisher 15 € werden daher 20 € je Stunde zur Diskussion gestellt.

Der Bürgermeister beantragt, der gewünschten Erhöhung ab diesem Jahr nachkommen zu dürfen.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt einen neu zu verrechneten Stundensatz in der Höhe von 20 €.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

15.3. Öffnungszeiten

In Abstimmung mit den Höhlenführern soll die Tropfsteinhöhle wieder von April bis Ende Oktober jeden Samstag und Sonntag sowie an Feiertagen von 10 bis 17 Uhr geöffnet sein. Im Juli und August könnte die Höhle auch unter der Woche (außer montags und dienstags) geöffnet werden. Der Amtsleiter ersucht diese Regelungen allesamt beginnend mit Karsamstag (4.4.) bis auf Weiteres beschließen zu lassen.

Bürgermeister Loidl beantragt, den vorgeschlagenen, neuen Öffnungszeiten zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Antrag einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 16,
Widmung und Kundmachung „Bushaltestelle Groisbach“, B11, Neubestand,
KG Alland, km 40.03. – 40.10., gemäß Teilungsplan GZ 53112 vom
27.11.2025, Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe Baudirektion,
Abteilung Allgemeiner Baudienst (BD1)**

Der Bürgermeister legt ein Planexemplar der Abteilung BD1 mit dem betreffenden Teilungsplan vor. Demnach sollen Teile mit den darin bezifferten Quadratmetern aus dem öffentlichen Gemeindegut entlassen bzw. neu ins öffentliche Gut der Gemeinde übernommen werden. Hierfür sei ein Gemeinderatsbeschluss samt Kundmachung der Gemeinde als Beilage für den Antrag auf grundbücherliche Durchführung erforderlich.

Der Bürgermeister beantragt, die betreffende Widmung und Kundmachung gemäß den vorliegenden Unterlagen zu befürworten.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 17,
Abänderung der Funktionsverordnung vom 9.12.2025**

Seiten des Amtes der NÖ Landesregierung (Gruppe Innere Verwaltung, Abteilung Gemeinden) wurde dem Bürgermeister am 25. Februar 2026 mitgeteilt, dass die Zuordnung der Funktionsdienstposten, insbesondere des „Rechnungsfachdienstes“, zu ändern sei. Zu korrigieren wäre demnach auch der Dienstpostenplan, gegenständlich ist der Rechnungsfachdienst dort mit der Dienstzweignummer 54 hinterlegt. Der Amtsleiter legt auf Ersuchen des Vorsitzenden die vorzunehmenden Änderungen der Verordnung über die Zuordnung der Funktionsdienstposten zu den Funktionsgruppen bzw. im Dienstpostenplan entsprechend den beschriebenen Ausführungen dar.

Der Bürgermeister beantragt, die geltende Verordnung vom 9.12.2025 durch die abgeänderte Funktionsverordnung zu ersetzen und ersucht den Gemeinderat um seine diesbezügliche Zustimmung.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Abänderung der gegenständlichen Verordnung vom 9.12.2025 und die Kundmachung der neuen Funktionsverordnung (**Anlage M**) aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 18,
Antrag zur Annahme der Zusatzfinanzierungsvereinbarung
mit der ASFINAG Baumanagement GmbH**

Am 11. März 2026 wurden seitens der ASFINAG-Vertretung (Ing. Georg Singer und Projektleiter Bmstr. Dipl.-Ing. (FH) Andreas Weber, bPMA, BO/Region NÖ Nord/West) der Gemeindeführung die Rahmenbedingungen über den geplanten Ausbau bekanntgegeben. Bereits am 09.12.2025 ist der Gemeinderat über die vorliegende neue Kostenschätzung für das Lärmschutzprojekt informiert worden. Der Bürgermeister stellte damals klar, dass die Marktgemeinde Alland zwar weiterhin hinter diesem Projekt stehe, die finanzielle Ausgangslage sich jedoch seit dem ersten Vertragsabschluss verschärft habe. Einerseits erhöhten sich zwischenzeitlich die kalkulierten Gesamtprojektkosten von ursprünglich 1,95 Mio. € auf rund 2,78 Mio. € und andererseits müsse über eine etwaige Landesförderung mit dem Amt der NÖ Landesregierung erst neu verhandelt werden.

In der Kostenaufstellung von November 2025 wurde Gemeindeanteil mit insgesamt 405.749,30 € beziffert. Der vertraglich vorgesehene Zahlungsplan (gemäß aktuellem Projektstand) stellte sich damals wie folgt dar:

- Teilzahlung (Mai 2026): 142.000 €
- Teilzahlung (Mai 2027): 142.000 €
- Schlusszahlung: Februar 2028 – vs. 121.749,30 €

Im Zuge der letztgetätigten Verhandlungen mit der ASFINAG konnte nun folgende Staffelung und Erstreckung vereinbart werden:

1. Teilzahlung: Mai 2026 i.d.H. von 100.000 €
2. Teilzahlung: Februar 2027 i.d.H. von 100.000 €
3. Teilzahlung: Februar 2028 i.d.H. von 100.000 €
4. Schlusszahlung im Februar 2029: Restbetrag mit Verzugszinsen in der Höhe von 4% p.a. ab Februar 2028

Der Gemeinderat zeigt sich mit der neu getroffenen Vereinbarung zufrieden. Der Bürgermeister stellten den Antrag, den Gegenschlussbrief mit dem Zusatz zur Finanzierungsvereinbarung betreffend Zuschuss zur Errichtung des Lärmschutzes der Anschlussstelle Mayerling-Hochgasse mit der Vertragsnummer 00647 in dieser Form nun freizugeben und zustimmend zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.


Sitzungsprotokoll: Gemeinderat am 24.03.2026

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	5	dagegen	0
FPÖ	dafür	2	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Der Bürgermeister dankt abschließend allen Gemeinderäten für die Mitarbeit und den Zuhörern für ihr Interesse. Nach einer kurzen Pause soll mit TOP 19 (Personalangelegenheiten) in einer nicht öffentlichen Sitzung fortgesetzt werden.

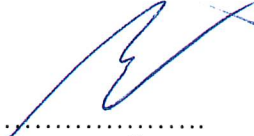
Ende der öffentlichen Sitzung: 19:47 Uhr

Das Sitzungsprotokoll mit allen öffentlichen Tagesordnungspunkten wurde in der Sitzung am 23. Juni 2026 genehmigt.


.....
Bürgermeister


.....
Schriftführer


.....
Gemeinderat ÖVP


.....
Gemeinderat SPÖUBA


.....
Gemeinderat FPÖ


.....
Gemeinderat ALL

